

Washington News

Nr. 20 vom 23. Mai 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Weiterhin Kritik an möglichen Autozöllen**
- **Aufhebung der Zölle auf Stahl- und Aluminium aus Kanada und Mexico**
- **Gespräch zur Infrastrukturfinanzierung gescheitert**
- **USA bleiben größter deutscher Exportmarkt**
- **Neue Studie zu Exportkontrollen**
- **Nominierung für das US- Wirtschaftsministerium**
- **Lizensierung für Atommüll-Endlager abgelehnt**

Diese Woche in Washington

Die abrupt endenden Gespräche zwischen Präsident Trump und der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) sowie dem Senator Chuck Schumer (D-NY) belasten erneut das Verhältnis zwischen Weißem Haus und den Demokraten im Kongress. Es wird befürchtet, dass dies die Verabschiedung des trilateralen Handelsabkommens USMCA erschweren könnte. US-Vize-Präsident Mike Pence zeigt sich in der Öffentlichkeit jedoch optimistisch, dass der derzeitige Streit zwischen dem Präsidenten und den Demokraten kein Hinderungsgrund sei, die Themen wie USMCA und Infrastruktur zum Erfolg zu bringen.

Das Weiße Haus hat Landwirte und ihre Interessenvertreter zu einem Treffen eingeladen, um über Unterstützungszahlungen zu informieren. Die Leistungen sollen die negativen Auswirkungen der chinesischen Vergeltungszölle auf den US-amerikanischen Landwirtschaftssektor abfedern. Chuck Grassley (R-IA) sieht die Maßnahme der Administration skeptisch. Die Regierung greife hiermit in das Marktgeschehen und in marktwirtschaftliche Entscheidungen von Landwirten ein.

Auch in einer Anhörung vor dem Ausschuss für Finanzdienstleistungen im Repräsentantenhaus wurde der Handelsstreit mit China thematisiert. Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer versicherte den Abgeordneten, dass die Administration sehr vorsichtig agiere, um etwaige Kosten nicht an die Konsumenten weiterzugeben. (cs)

Weiterhin Kritik an möglichen Autozöllen

Die Kritik an der möglichen Einführung von Zöllen auf

Kurzmeldungen

Neue Studie zu Exportkontrollen

Letztes Jahr verabschiedete der US-Kongress eine Reform des Exportkontrollsystems. Das neue Gesetz weist das *Bureau of Industry and Security* (BIS) im Handelsministerium an, Exportkontrollen für neu entstehende und grundlegende Technologien zu verhängen, die für die nationale Sicherheit der USA von wesentlicher Bedeutung sind. Derzeit erstellt das BIS eine Liste von Technologien, die in 14 Kategorien fallen, z.B. Biotechnologie, künstliche Intelligenz und Robotik. Eine neue [Studie](#) der *Information Technology & Innovation Foundation* (ITIF) warnt vor den möglichen wirtschaftlichen Risiken,

... sollten die Regeln von BIS zu breit angewandt werden. Der Studie zufolge könnten US-Unternehmen in einem Zeitraum von fünf Jahren einen Exportumsatz zwischen 14,1 und 56,3 Milliarden US\$ verlieren. Darüber hinaus könnten 18.000 bis 74.000 Arbeitsplätze gefährdet werden. (ch)

US-Präsident Trump, seine Entscheidung hierzu um sechs Monate zu vertagen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat Chuck Grassley (R-IA) [kritisierte](#) erneut, dass das Argument der nationalen Sicherheit als Grundlage für die Erhebung von Zöllen nicht gelten könne. Er arbeite weiter daran, per Gesetz die *Section 232*-Kompetenzen des US-Präsidenten zu beschränken. Andere Mitglieder des Ausschusses wie Ron Wyden (D-OR) und Pat Toomey (R-PA) zeigen sich besorgt über die zu erwartenden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Zölle.

Die *Alliance of Automobile Manufacturers* und die *US Chamber of Commerce* argumentieren, dass Autoimporte nicht die nationale Sicherheit gefährden. Die *Japan Automobile Manufacturers Association* (JAMA) weist auf die Gefahr hin, dass die Zölle die Wettbewerbsfähigkeit der US-Automobilindustrie beschädigen. Japanische Autohersteller seien durch ihre hohen Investitionen in den USA stark in der US-Wirtschaft verankert.

US-Präsident Trump hat in seiner Mitteilung den US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer angewiesen, in den kommenden 180 Tagen mit der EU und Japan eine Einigung zu erzielen, ihre Autoimporte zu reduzieren. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat am Mittwoch nach einem Treffen mit Lighthizer im Rahmen des jährlichen *Ministerial Council Meeting* der OECD mitgeteilt, dass sich beide Seiten noch nicht auf den Verhandlungsbeginn geeinigt hätten. Lighthizer wird sich am heutigen Donnerstag mit Malmström und dem japanischen Wirtschaftsminister Hiroshige Seko treffen, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Chinas Subventionen inländischer Sektoren zu diskutieren, das im Rahmen der WTO umgesetzt werden könnte. (kw)

Aufhebung der Zölle auf Stahl- und Aluminium aus Kanada und Mexico

Ein wesentliches Hindernis für die Ratifizierung des USMCA wurde diese Woche beseitigt, nachdem die Trump-Administration die Zölle auf [Stahl-](#) und [Aluminiumimporte](#) aus Kanada und Mexiko offiziell aufgehoben hat. Gleichzeitig haben Kanada und Mexiko ihre jeweiligen Vergeltungszölle auf eine Vielzahl von US-Produkten abgeschafft. Die US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU bleiben weiter in Kraft. Führende republikanische Senatoren wie Chuck Grassley (R-IA) lobten die Vereinbarung der drei Länder. Die Reaktion im Repräsentantenhaus war allerdings weniger optimistisch. Einige Demokraten begrüßten die Aufhebung der Zölle, betonten aber auch, dass andere Probleme innerhalb des USMCA noch nicht gelöst seien. Während einer Anhörung im *Ways and Means*-Ausschuss äußerten die Demokraten erneut ihre Bedenken bezüglich Arbeits-, Umwelt- und Arzneimittelvorschriften sowie der Durchsetzbarkeit des Abkommens.

Unterdessen hat der *National Foreign Trade Council* (NFTC) eine [Stellungnahme](#) beim Obersten Gerichtshof der USA eingereicht, um einen Fall zu unterstützen, der die Verfassungsmäßigkeit von *Section 232* anfecht. In einer [Pressemitteilung](#) unterstrich der NFTC-Präsident Rufus

Nominierung für das US-Wirtschaftsministerium

Das Weiße Haus wird Brent James McIntosh als *Undersecretary* für Internationale Angelegenheiten im US-Wirtschaftsministerium [ernennen](#). Wenn vom Senat bestätigt, wird McIntosh auf David Malpass folgen, der seit April 2019 als Präsident der Weltbankgruppe fungiert. McIntosh arbeitet derzeit als Justiziar im US-Finanzministerium und würde in seiner neuen Rolle mit Regierungen und Finanzinstitutionen zusammenarbeiten, um die Arbeit des Ministeriums bezüglich internationaler Geld- und Handelspolitik zu unterstützen. Vor seiner Ernennung zum Justiziar war der an der *Yale Law School* ausgebildete Jurist als Partner in der Rechtsanwaltskanzlei Sullivan & Cromwell tätig. (vm)

Lizensierung für Atommüll-Endlager abgelehnt

Am Dienstag hat das

Yerxa, dass nur der Kongress den Außenhandel regeln dürfe. Deswegen seien die Befugnisse des US-Präsidenten in diesem Feld eingeschränkt. Der *Court of International Trade* hatte zuvor [geurteilt](#), dass *Section 232* nicht gegen die Verfassung verstoße. Danach haben die Kläger [Berufung](#) beim Obersten Gerichtshof der USA eingelegt. Die Richter haben bisher nicht entschieden, ob sie den Fall prüfen werden. (ch)

Gespräch zur Infrastrukturfinanzierung gescheitert

Erneut steht das Thema Infrastruktur im Fokus. Ein seit längerem geplantes Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump sowie der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) und dem Minderheitenführer im Senat Chuck Schumer (D-NY) ist jedoch gescheitert, nachdem der Präsident das Gespräch vorzeitig verließ. Trump kündigte an, nicht mehr mit den Demokraten im Kongress zusammenarbeiten zu wollen, so lange diese ihre Untersuchungen gegen ihn im Zusammenhang mit der vermeintlichen Einflussnahme Russlands auf den vergangenen Präsidentschaftswahlkampf nicht einstellen.

Das Treffen im Weißen Haus hatte die Zielsetzung, Finanzierungsmöglichkeiten für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von insgesamt zwei Billionen US\$ zu diskutieren. Als eigentlichen Beweggrund für die spontane Beendigung des Gesprächs vermuten Pelosi und Schumer, dass dem Präsidenten die Unterstützung der Republikaner im Kongress fehlt, die Erneuerung der Infrastruktur durch neue Einnahmen bzw. Steuern zu finanzieren. Die Demokraten planten, dem Präsidenten ihren auf 35 Seiten detaillierten Finanzierungsplan zu überreichen. Schwerpunkte seien hierin auf die Verkehrsinfrastruktur, den Ausbau des Breitbandnetzes, ein sauberes Energienetz sowie Elektrofahrzeuge der bundeseigenen Fahrzeugflotte gelegt worden, so Schumer. Bereits vor dem Treffen hatte Präsident Trump in einem Brief an Schumer und Pelosi die Verabschiedung des USMCA als Bedingung für weitere Verhandlungen zur Infrastruktur gestellt.

Unterdessen hat der Abgeordnete im Repräsentantenhaus Earl Blumenauer (D-OR) einen Gesetzentwurf eingebracht, der die jährliche Erhöhung der Benzinsteuer um 5 US-cent pro Gallone vorsieht. *Americans for Prosperity* haben als Reaktion hierauf ihre Bemühungen intensiviert, die Gesetzgeber von diesem Vorhaben abzubringen. (cs)

USA bleiben größter deutscher Exportmarkt

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die US-Wirtschaft ist 2018 mit fast 3 Prozent kräftig gewachsen. Doch ziehen über den Vereinigten Staaten dunklere Wolken auf: Nachfrageimpulse, die von der großen Steuerreform ausgelöst wurden, ebbten immer weiter ab. Und weitere Steuersenkungen wird US-Präsident Donald Trump gegen einen von Demokraten beherrschten Kongress kaum durchsetzen können. Die schwächelnde Weltkonjunktur und schwelende Handelskonflikte tun ein Übriges. Den

Appropriations Committee im Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf abgelehnt, der zum Ziel hatte, die Lizenzierung für ein Atommüllendlager in Yucca Mountain, Nevada, zu erneuern. Der Entwurf hätte 74 Millionen US\$ bereitgestellt, die aus dem Budget des US-Energieministeriums für 2020 und anderer Ressorts kommen sollten. Die Nutzung des Lagers in Yucca Mountain wurde vor etwa 10 Jahren von der Obama-Administration ausgesetzt. (kw)



vollständigen Beitrag finden Sie nach kurzer Registrierung
kostenfrei [hier](#). (gtai)



Lufthansa



EVONIK
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**



